

# BESCHLUSS

---

des Präsidiums der FDP, Berlin, 13. März 2017

---

## Für eine neue Türkei-Politik – zehn Punkte für die Zusammenarbeit mit unserem Nachbarn

Die AKP-geführte Staats- und Regierungsspitze hat die Türkei unter Präsident Erdogan in den letzten Jahren mehr und mehr hin zu einem autoritär regierten Staat umgebaut und insbesondere die Presse- und Versammlungsfreiheit sowie die Unabhängigkeit der Justiz massiv abgebaut. Der türkische Staat schreckt nicht einmal mehr vor der Verhaftung von deutschen Journalisten zurück, wie der Fall Deniz Yücel zeigt. Dieser autoritäre Umbau des türkischen Staates begann nicht erst mit dem gewaltsamen Putschversuch, gewann jedoch nach dem gescheiterten Putschversuch eine neue Qualität.

Die Türkei-Politik der Großen Koalition ist gescheitert. Wir fordern von der Bundesregierung, die Beziehungen zur Türkei auf eine neue Grundlage zu stellen, sowohl bilateral als auch im Rahmen der EU. Das heißt nicht, der Türkei den Rücken zuzukehren. Gerade in schwierigen Zeiten sollte Deutschland alle außenpolitischen Instrumente nutzen, um im Dialog und partnerschaftlich auf die Türkei einzuwirken. Deshalb brauchen wir eine positive Agenda für Bereiche, bei denen wir enger zusammenarbeiten können.

Mit folgenden Punkten wollen wir die Beziehungen zur Türkei neu ordnen:

### **1. Grundlagenvertrag statt EU-Beitritt**

Unsere gemeinsamen Werte und die Einhaltung der Kopenhagener Kriterien sind unerlässliche Voraussetzung für den Beitritt eines neuen Mitgliedstaats zur Union. Beitrittsverhandlungen können nur geführt werden, solange fundamentale Werte der EU eingehalten werden. Das ist in der Türkei erkennbar nicht der Fall.

Der Beitrittsprozess muss daher beendet werden und die Beziehungen mit der Türkei müssen auf eine neue Grundlage enger sicherheitspolitischer, wirtschaftlicher und zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit gestellt werden. Die Türkei ist und bleibt für uns als NATO-Mitglied und als eng mit der EU vernetzter Nachbar ein unverzichtbarer Partner. Umgekehrt bleibt auch die Türkei auf die Kooperation mit der EU angewiesen.

### **2. Journalisten freilassen**

Wir fordern die Staatsorgane der Türkei zur Freilassung der Journalisten und Medienschaffenden auf, die ohne zwingende Beweise für kriminelle Tätigkeiten inhaftiert sind, darunter Deniz Yücel, Nazlı Ilıcak, Şahin Alpay, Aslı Erdoğan, Murat Aksoy sowie Ahmet und Mehmet Altan. Journalisten dürfen nicht wegen inhaltlicher Aspekte ihrer Arbeit oder ihrer mutmaßlichen Gesinnung inhaftiert werden.

Die Bundesregierung muss sich zudem dafür einsetzen, dass die türkische Regierung die Notstandsmaßnahmen ändert, damit sie nicht länger als Grundlage für Eingriffe in das Recht auf freie Meinungsäußerung dienen können. Die Freien Demokraten fordern, dass die Empfehlungen der Venedig-Kommission vom März 2016 umgesetzt und die Gesetze über die Bekämpfung des Terrorismus reformiert werden. Ferner muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass alle Inhaftierten die Möglichkeit zu einer fairen Anhörung und uneingeschränkten Zugang zu ihren Anwälten bekommen.

### **3. Keine Wahlkampfauftritte in Deutschland und der EU**

Türkische Offizielle sind als Gäste in Deutschland willkommen, wenn und solange sie sich wie gute Gäste verhalten. Die Bundesregierung muss jedoch unmissverständlich deutlich machen, dass Werbeveranstaltungen des türkischen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdogan oder von Regierungsmitgliedern für die neue türkische Verfassung in Deutschland falsch sind. Einreisen zum Zweck der Werbung für die neue Verfassung, die in zentralen Punkten den Werten unseres Grundgesetzes widerspricht, muss die Bundesregierung unterbinden, wozu sie rechtlich auch in der Lage ist. Deutschland darf nicht zur Plattform für Werbeauftritte werden, bei denen ein zukünftiges türkisches Präsidialsystem ohne Gewaltenteilung mit eingeschränkten bürgerlichen Freiheiten befördert wird. Es ist widersinnig, dass Mitglieder der türkischen Regierung sich in Deutschland auf die freiheitlichen Grundrechte unserer Verfassung mit dem Ziel berufen, genau diese in ihrer neuen Verfassung abzuschaffen.

### **4. Zivilgesellschaftlichen Engagement in der Türkei verstärken**

Als Freie Demokraten betonen wir, dass Gegenstand unserer Kritik nicht die Türkei als Land oder das türkische Volk ist. Im Gegenteil: Die türkischen Wählerinnen und Wähler haben Erdogan und seiner AKP in den Wahlen der Jahre 2014 und 2015, trotz aller Bevorzugung der AKP in den staatlichen Medien, niemals mehr als die Hälfte der Stimmen gegeben und damit ein starkes Zeichen für die türkische Demokratie gesetzt. Dies war ein klares Signal gegen die Alleinherrschaft eines Mannes und seiner Partei, getragen von einer starken parlamentarischen und zivilgesellschaftlichen Opposition gegen Erdogans Herrschaft. Die deutschen Liberalen stehen auch weiterhin fest an der Seite der türkischen Zivilgesellschaft im Kampf für Bürger- und Menschenrechte in der Türkei.

### **5. Innerdeutschen Dialog verstärken**

Gleichzeitig sollte die Bundesregierung einen neuen, innerdeutschen Dialog über die Türkei anstoßen. Die einseitige Reduzierung des Türkei-Bildes auf Rückständigkeit und vordringenden Islamismus stoßen auch bei konstruktiven Gesprächspartnern auf berechtigte Ablehnung. Vor diesem Hintergrund gilt es, die türkei-stämmige bzw. die ethnisch und religiös teilweise sehr heterogene Bevölkerung mit „Türkei-Hintergrund“ besser in die deutsche Gesellschaft zu integrieren und sie zu einem Aktivposten deutscher Türkei-Politik werden zu lassen. Der innerdeutsche Dialog mit der türkei-stämmigen Bevölkerung sollte nicht auf die Schiene „Dialog mit dem Islam“ ver- oder abgeschoben werden. Gleichzeitig muss der deutsche Rechtsstaat konsequent gegen die Ausforschung und Spionage aus den Reihen der Ditib gegen politisch Andersdenkende vorgehen. Die Finanzierung von religiösen Einrichtungen und Vereinen durch ausländische Staaten wollen wir beenden. Alle Religionsgemeinschaften haben dieselben Möglichkeiten, ihre Gemeinden aus dem Kreis ihrer Gemeindemitglieder im Inland zu finanzieren.

## **6. Außenpolitischen Dialog mit der Türkei fortführen**

Zwischen den Konfliktregionen im Nahen Osten und der EU liegt nur ein Land: die Türkei. Als außenpolitischer Partner ist sie daher unverzichtbar. Die außenpolitischen Interessen Europas und des NATO-Mitglieds Türkei decken sich in wichtigen Feldern. Ohne die Türkei wird es keine Stabilität im Nahen Osten geben. Wir begreifen Konfliktregionen (z.B. das arabische Nordafrika, Ukraine/Krim, Nagornji Karabach) als Aktionsfelder eines wachsenden Dialogs. Die Wiederherstellung der Staatlichkeit in Syrien oder im Irak bleibt ein gemeinsames Ziel. Als NATO-Partner ist und bleibt die Türkei ein enger Bündnispartner und muss eine Nahtstelle im Kampf gegen den sog. „Islamischen Staat“ bilden. Gleichzeitig muss die Bundesregierung darauf bestehen, dass der NATO-Partner Türkei den freien Zugang deutscher Parlamentarier nach Incirlik und Konya gewährleistet.

## **7. Zollunion mit der Türkei vertiefen**

Seit 1995 sind die EU und die Türkei mit einer Zollunion verbunden. Damit besteht ein gemeinsamer Markt und gemeinsamer Außenzoll für die meisten Waren. Die wirtschaftliche Verflechtung hat seitdem enorm zugenommen, was sich auch an den ausländischen Direktinvestitionen beider Seiten ablesen lässt. Heute ist die EU der wichtigste Handelspartner der Türkei. Die Zollunion umfasst allerdings nicht den Dienstleistungsverkehr und das öffentliche Beschaffungswesen. Wir Freie Demokraten unterstützen die Initiative der EU-Kommission, auch diese Bereiche in der Zollunion zu verankern und fordern die Bundesregierung auf, diese Vertiefung nachdrücklich zu unterstützen.

## **8. Gemeinsam gegen Terrorismus**

Die schrecklichen Terroranschläge in der Türkei und in Europa durch Anhänger des IS, aber auch der PKK zeigen, dass wir vor den gleichen sicherheitspolitischen Herausforderungen stehen. Deshalb fordern die Freien Demokraten eine verstärkte Zusammenarbeit der Geheimdienste und der Polizei. Der gemeinsame Austausch von Informationen kann Anschläge frühzeitig vereiteln und Menschenleben retten. Gleichzeitig müssen die Türkei und Europa gemeinsam gegen Radikalisierungsursachen wie gewaltbereiten Islamismus, Armut und wirtschaftliche Perspektivlosigkeit vorgehen.

## **9. Flüchtlingen eine Perspektive geben**

Mit knapp drei Millionen Flüchtlingen hat die Türkei mehr Menschen aufgenommen als jedes andere Land. Während die EU ein Interesse daran hat, dass die Flüchtlingszahlen dauerhaft niedrig bleiben, will auch die Türkei nicht zum Transitland werden. Die Freien Demokraten begrüßen grundsätzlich die Zusammenarbeit mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage, denn so sind kriminelle Schlepperbanden besser zu bekämpfen. Dennoch fordern die Freien Demokraten, dass der Flüchtlingsdeal nicht zu Rabatten bei rechtsstaatlichen Fragen oder der Visafreiheit führen darf. Die Bundesregierung darf sich nicht erpressen lassen und muss den Schutz der Grundfreiheiten im Land weiter anmahnen. Zudem darf die Zusammenarbeit mit der Türkei in der Flüchtlingsfrage nicht das einzige Instrument zur Steuerung sein. Europa muss sich selbst in die Lage versetzen, seine Außengrenzen wirksam zu schützen. Wir brauchen mit Frontex einen echten europäischen Grenzschutz.

## **10. Visae erleichterungen gewähren und Austauschprogramme stärken**

Es ist höchste Zeit, mit der Türkei ein Visa-Regime zu finden, das den verständlichen Frust der türkischen Seite beendet. Bisher erfüllt die Türkei die 72 Kriterien zur Erlangung der Visafreiheit zwar größtenteils, bleibt aber in entscheidenden Punkten wie dem Datenschutz und der Terrorismusgesetzgebung hinter den notwendigen Anforderungen zurück. Eine volle Freigabe kommt daher bis auf Weiteres nicht in Frage.

Deshalb setzten sich die Freien Demokraten dafür ein, einzelnen Gruppen das Reisen in die EU zu erleichtern, indem diesen Visa-Erleichterungen gewährt werden. Dies sollte insbesondere für Forscher, Geschäftsleute, Künstler oder Studenten gelten. Zudem setzen wir uns für den Ausbau von Austauschprogrammen für Studenten und junge Berufstätige ein, um den Dialog zwischen Europäern und Türken zu stärken.